

Nr. **XIX. GP-NR**
404 /J
1935 -01- 2 0

ANFRAGE

der Abgeordneten Brix
und Genossen
an die Bundesministerin für Umwelt
betreffend Umweltverträglichkeitsprüfung einer Verbrennungsanlage für gefährliche Abfälle
in Trieben

In Österreich gibt es derzeit nur eine Verbrennungsanlage für gefährliche Abfälle, nämlich die Entsorgungsbetriebe in Wien-Simmering (EBS). Es ist Wien nicht mehr länger zuzumuten, als einziges Bundesland für die sachgerechte Entsorgung der gesamten gefährlichen Abfälle Österreichs verantwortlich zu sein. Es ist auch ökologisch nicht sinnvoll, gefährliche Abfälle mit unzähligen LKW-Fuhren aus allen Teilen Österreichs nach Wien zu transportieren. Mit einer zweiten Verbrennungsanlage für gefährliche Abfälle in Österreich könnte Wien entlastet und der Straßentransport reduziert werden. Dies ist auch Bestandteil des vom Bundesministeriums für Umwelt herausgegebenen Bundesabfallwirtschaftsplanes.

Da auch nicht alle, bei denen gefährliche Abfälle anfallen, den weiten und teuren Transportweg nach Wien auf sich nehmen, wird ein nicht unbeträchtlicher Teil des gefährlichen Abfalls (zwischen 60.000 und 120.000 Tonnen) unsachgerecht entsorgt oder ins Ausland verbracht, wo oft nicht der höchste Standard an Entsorgungstechnik besteht. Ein weiterer Standort in Österreich für eine Verbrennungsanlage für gefährliche Abfälle ist also dringend notwendig, und das nicht erst seit heute, sondern seit vielen Jahren.

Ein möglicher Standort für eine solche zweite Verbrennungsanlage für gefährliche Abfälle ist die steiermärkische Gemeinde Trieben. Die dortige Bevölkerung hat sich auch bereits in einer Volksbefragung positiv zu diesem Projekt geäußert, und ein Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren wurde eingeleitet.

Da auch der o.a. Abfallwirtschaftsplan neben den Entsorgungsbetrieben Simmering zwei weitere Verbrennungsanlagen für gefährliche Abfälle vorsieht, ist es nun höchste Zeit, die Umweltverträglichkeitsprüfung des Standorts Trieben voranzutreiben und rasch zu einem Abschluß zu bringen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an die Bundesministerin für Umwelt daher nachstehende

Anfrage:

1. Halten Sie es für sinnvoll, daß der gesamte für Verbrennung geeignete gefährliche Abfall Österreich zur EBS transportiert werden muß, um einer sachgerechten Entsorgung zugeführt werden zu können?
2. Warum haben Sie sich bisher nicht entschiedener und erfolgreicher - im Sinne des Bundesabfallwirtschaftsplans - für weitere Standorte eingesetzt?
3. Wieviel gefährlicher Abfall fällt in Österreich jährlich (seit 1990) an und wieviel davon können die EBS aufgrund ihrer technischen Kapazität entsorgen?
4. Wieviele Mengen an gefährlichen Abfällen wurden jährlich (seit 1990) exportiert? In welche Länder (bitte mit Mengenangabe)?
5. Wohin gelangen die restlichen, nicht in der EBS verbrannten und nicht exportierten gefährlichen Abfälle?
6. Wieviel gefährlicher Abfall wird Ihrer Schätzung nach in den kommenden Jahren anfallen?
7. Wie weit ist die Umweltverträglichkeitsprüfung einer Verbrennungsanlage für gefährliche Abfälle in Trieben vorangeschritten?
In welchem Stadium befindet sie sich momentan?
Was sind die nächsten Schritte?
8. Wann rechnen Sie mit einem Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung?
9. Wann rechnen Sie mit einem Abschluß der erstinstanzlichen Genehmigungsverfahren?
10. Welche konkreten Maßnahmen haben Sie geplant, um die Umweltverträglichkeitsprüfung zu beschleunigen?
11. Wieviele Wissenschaftler sollen daran als Gutachter arbeiten?
12. Mit welchem Kostenaufwand für das Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren rechnen Sie?

13. Wann kann mit dem Baubeginn und wann mit der Inbetriebnahme der Verbrennungsanlage für gefährliche Abfälle in Trieben gerechnet werden - falls die UVP positiv ausgehen sollte?
14. Wieviel Tonnen Jahreskapazität wird eine Verbrennungsanlage für gefährliche Abfälle, wie sie für Trieben geplant ist, haben?
15. Mit welcher Entlastung für die EBS Wien rechnen Sie durch die Errichtung einer Verbrennungsanlage für gefährliche Abfälle in Trieben?